

St-01: Stahlstandort Nordrhein-Westfalen stärken (Eilantrag)

Antragssteller*in: Katharina Dröge (KV Köln) u.a.

1
2
3 **Stahlstandort Nordrhein-Westfalen stärken**

4
5 Nordrhein-Westfalen ist der wichtigste Standort der Stahlindustrie in Deutschland und
6 Europa. In der nordrhein-westfälischen Stahlindustrie sind rund 46.000 Menschen
7 beschäftigt. Hinzu kommen tausende Beschäftigte bei Zulieferern und Dienstleistern. Stahl ist
8 nicht nur ein unverzichtbarer Werkstoff, sondern auch Basis für industrielle
9 Wertschöpfungsketten. Klimafreundliche, innovative und wettbewerbsfähige
10 Stahlproduzenten sind unverzichtbar für die ökologische Modernisierung der Industrie.
11 Trotz erheblicher Fortschritte durch mehr Effizienz und bessere Verfahren in den letzten
12 Jahrzehnten ist die Stahlindustrie aber einer der größten CO₂-Emittenten in NRW und auch
13 weltweit. Zur Erreichung der Klimaziele muss die hiesige Stahlindustrie im
14 Entwicklungsstadium befindliche Verfahren endlich zur Marktreife bringen, die eine CO₂-freie
15 Stahlproduktion ermöglichen. Nur so sind die Vorgaben des Pariser Klimaabkommens im
16 Hinblick auf CO₂-Neutralität zu erfüllen, kann sich der Stahlstandort NRW zukunftsfähig
17 aufstellen und klimafreundlicher Stahl für die Märkte der Zukunft - von Energiewende bis IT-
18 Wirtschaft - hergestellt werden.
19 Aktuell steht der Stahlstandort NRW zusätzlich vor anderen, großen Herausforderungen, denn
20 die europäische Stahlindustrie leidet schon seit Jahren an Überkapazitäten im Markt. Die Lage
21 hat sich für die Branche aber insbesondere dadurch weiter verschärft, dass in Russland und
22 China massive Überkapazitäten aufgebaut wurden und beide Länder subventionierten Stahl
23 zu einem Preis auf den Weltmarkt drücken, der weit unter den Herstellungskosten liegt.
24 Die EU hat im Stahlbereich derzeit eine ganze Reihe an Anti-Dumping und Anti-
25 Subventionsmaßnahmen in Kraft, die dabei helfen gedumpte und subventionierte Produkte
26 vom europäischen Markt zu halten. Nach Angaben der EU-Kommission führen diese
27 Maßnahmen im Stahlbereich zu einer Reduktion gedumpter oder subventionierter Importe in
28 Höhe von 70%. Die in den letzten Jahren erlassenen Maßnahmen sogar zu einer Reduktion
29 von fast 90% der unfairen Importe.
30 Auch gegen die von Präsident Trump verhängten Sonderzölle auf Stahl hat sich die EU effektiv
31 zur Wehr setzen können. Die Befürchtung war groß, dass es durch den abgeschotteten US-
32 Markt zu Handelsumlenkungen auf den europäischen Markt kommt und dieser überflutet
33 wird. Tatsächlich haben die US-Zölle anfangs kurzfristig für steigende Importe gesorgt. So
34 stiegen die Einfuhren aus der Türkei und Russland zunächst sprunghaft um 75
35 beziehungsweise 140 Prozent an – bis die EU ein sogenanntes Safeguard-Verfahren einleitete,

36 das den heimischen Markt durch Ausgleichszölle bis 2021 vor solchen Umlenkungseffekten
37 schützt.

38 Trotzdem hat der hohe Druck dem die Stahlindustrie seit Jahren ausgesetzt ist, auch in NRW
39 zu Konsequenzen geführt. Im vergangenen Jahr kündigte Thyssen Krupp an, 6000 Stellen
40 streichen zu wollen, davon 4000 in Deutschland. Die Probleme des Konzerns sind jedoch
41 nicht allein auf eine schwierige Marktsituation und Weltkonjunktur zurück zu führen. Mit dem
42 Bau und Kauf von Stahlwerken in Brasilien und den USA hatte das Unternehmen rund acht
43 Milliarden Euro verloren. Die Strategie des Klima- und Umweltdumpings früherer Thyssen-
44 Krupp-Vorstände mit Produktionskapazitäten in anderen Ländern ist krachend gescheitert. Die
45 so verbrannte Liquidität fehlt dem Unternehmen heute für eine Neuausrichtung. Nach
46 häufigen Wechseln an der Spitze des Konzerns und einem gescheiterten Versuch der Fusion
47 der Stahlsparte mit dem Konkurrenten Tata plant nun die Interims-Konzernchefin Merz die
48 Holdingstruktur des Konzerns drastisch zu verändern. Damit ist die Zukunft des Konzerns nach
49 mehr als 200 Jahren in NRW und mit mehr als 160.000 Beschäftigten weltweit ungewiss. Ein
50 Konzern, der wie kaum ein anderer für Industriegeschichte in NRW, steht am Scheideweg.

51

52

53 **NRW und Europa müssen Innovationsstandort einer nachhaltigen**
54 **Stahlproduktion sein!**

55

56 Wir Grünen in NRW setzen uns für den Erhalt einer nachhaltigen, innovativen und
57 wettbewerbsfähigen Stahlindustrie in Nordrhein-Westfalen ein. Für uns ist klar: Ohne eine
58 ambitionierte Klimaschutzpolitik in Nordrhein-Westfalen, Deutschland und Europa gibt es
59 allerdings keine dauerhafte Lösung für die Probleme der nordrhein-westfälischen und der
60 europäischen Stahlindustrie.

61 Den Weg in die emissionsfreie Zukunft weisen Verfahren, die auf den Einsatz von
62 klimaschädlichem Koks und Kohle verzichten und stattdessen auf aus Erneuerbarem Strom
63 erzeugten Wasserstoff, aber auch Biogas oder die direkte Elektrolyse von Eisenerzen in Metall
64 setzen. Klimaschutz ist dabei kein ein Gegensatz zur Stahlproduktion, sondern er wird zu
65 seiner Voraussetzung.

66 Angesichts der weltweiten Überkapazitäten ist völlig klar, dass in NRW, Deutschland und
67 Europa kein neuer Hochofen auf der klassischen, klimaschädlichen Kokskohlenbasis mehr
68 gebaut werden wird. Damit ist klar: Der fortschreitende Alterungsprozess der heute
69 vorhandenen Hochöfen und die dadurch absehbare, schrittweise Stilllegung der Anlagen wird
70 dazu führen, dass die bisherige Art der Stahlproduktion in den nächsten 20 Jahren aus NRW,
71 Deutschland und Europa verschwindet.

72 Nur der nächste große Innovationsschritt in der Stahlerzeugung – nämlich vor allem die
73 Umstellung auf den klimaneutralen Hochofenprozess mit erneuerbar erzeugtem Wasserstoff –
74 bietet die Chance, die Stahlindustrie hierzulande zu erhalten. Es muss gelingen, damit in NRW
75 und Deutschland den neuen weltweiten Standard für die Stahlherstellung zu setzen.

76 Damit Unternehmen wie Thyssen-Krupp die dafür notwendigen Investitionen tätigen können,
77 und klimaneutrale Produkte auch wettbewerbsfähig sind, muss die Industriepolitik den
78 entsprechenden Rahmen und Planungssicherheit schaffen.

79 Die Landesregierung NRW und die Bundesregierung sind offensichtlich nicht bereit, die
80 Stahlindustrie bei der notwendigen Transformation mit gezielten politischen Maßnahmen zu
81 unterstützen. Die angekündigten Maßnahmen von NRW Wirtschaftsminister Pinkwart sind viel
82 zu vage, ordnungsrechtliche Vorschläge fehlen völlig.

83 Wir Grünen in NRW fordern die Landesregierung und insbesondere Ministerpräsidenten
84 Laschet deshalb auf, sich für eine nationale und europäische Stahl-Strategie als Kern einer
85 Industriestrategie einzusetzen. Diese Strategie muss das Ziel haben, Europas Stahlindustrie
86 zum Technologieführer in Sachen Emissionsminderung, Energie- und Materialeinsparung,
87 Recycling und Sektor übergreifende Kooperationen, zum Beispiel mit der Chemieindustrie, zu
88 machen. Kernelement dieser Stahlstrategie sollte ein ordnungsrechtlicher Rahmen sein, der
89 neben einem CO₂-Mindestpreis über eine umlagefinanzierte Differenzkostenerstattung
90 („Industrie-EEG“) oder eine Quote für klimaneutralem Stahl langfristige Absatzmärkte schafft
91 und mögliche Wettbewerbsnachteile durch höhere Produktionskosten kompensiert.

92 In einem ersten Schritt muss es aber nun darum gehen, die konkrete Investitionsentscheidung
93 für einen CO₂-freien Hochofen zu ermöglichen. Hierfür gilt es, u. a. Mittel aus dem
94 Innovationsfonds des Europäischen Emissionsrechtshandels (ETS) in NRW zu nutzen.

95 Im Wettbewerb möglicher Standorte ist die Verfügbarkeit großer Mengen Erneuerbaren
96 Stroms u.a. zur Herstellung von grünem Wasserstoff ein entscheidender Faktor. Damit die
97 Verfügbarkeit von Erneuerbarem Strom gegenüber anderen Stahlstandorten nicht noch
98 stärker zum Standortnachteil für NRW und Thyssen-Krupp wird, muss die Landesregierung
99 ihren ideologischen Kreuzzug gegen die Erneuerbaren Energien endlich beenden und sich
100 endlich für einen ambitionierten Ausbau der Erneuerbaren Energien in NRW einsetzen. Ohne
101 eine solche Kehrtwende würde es zur Deindustrialisierung und dem endgültigen Niedergang
102 der Stahlbranche in NRW kommen.

103 Notwendig ist auch eine effektive Anwendung handelspolitischer Instrumente. Wir fordern die
104 Landesregierung NRW auf, sich auf europäischer Ebene für die Einführung von
105 Grenzausgleichsmaßnahmen („Klimazöllen“) einzusetzen, mit denen die EU in der Lage ist,
106 Stahlimporte aus Ländern außerhalb der EU, die unter Klimaschutzgesichtspunkten zu
107 schlechteren Bedingungen produziert wurden, mit einem entsprechenden Zoll zu adressieren.
108 Und auch die Weiterentwicklung von Handelsschutzinstrumente sollte Bestandteil einer
109 europäischen Industriestrategie sein. Wir fordern die Landesregierung NRW deshalb auf, sich
110 dafür einzusetzen, dass im Rahmen einer europäischen Industriestrategie die
111 Weiterentwicklung von Anti-Dumping- und Anti-Subventionsinstrumenten und des
112 europäischen Beihilferechts vorangetrieben werden, die wettbewerbsverzerrende staatliche
113 Unterstützung bei ausländischen Konzernen effektiv adressiert.

114 Zukunftsfähige Industrieunternehmen brauchen am langfristigen Erfolg der Unternehmen
115 interessierte Eigentümer. Die Beteiligung von Finanzinvestoren darf nicht zu einer
116 Zerschlagungspolitik führen, für die Cevian Capital bei ThyssenKrupp steht. Es ist

117 unverantwortlich, für Veräußerungsgewinne eine schnelle Sonderdividende zu verlangen, statt
118 in die Zukunft des Unternehmens, seiner Beschäftigten und seiner Standorte zu investieren.

119 Schon lange verlangen wir Grünen, dass Finanzinvestoren strenger reguliert werden. Auf
120 europäischer Ebene ist die Regulierung der Finanzinvestoren mit der AIFM-Richtlinie
121 gescheitert. Die Mitgliedsländer inklusive der deutschen Bundesregierung hatten die vom
122 Europaparlament beschlossenen grünen Vorschläge zur stärkeren Regulierung von
123 Finanzinvestoren abgelehnt.

124 Christdemokraten und Sozialdemokraten haben damals die schlechten Regeln der AIFMD
125 trotzdem im Europaparlament durchgewunken. Heute haben wir mehr aggressive Fonds als
126 Eigentümer in unseren Industrieunternehmen, die sich an die Spielregeln der sozialen
127 Marktwirtschaft nicht gebunden fühlen. Das gleiche gilt für die großen Vermögensverwalter
128 wie BlackRock, State Street und Vanguard, die immer stärkere Kontrolle über europäische
129 Aktiengesellschaften ausüben. Daher verlangen wir, dass die deutsche Bundesregierung und
130 die NRW-Landesregierung Konsequenzen aus den Erfahrungen mit aggressiven
131 Finanzinvestoren bei ThyssenKrupp, Siemens, Osram und Co. Konsequenzen ziehen. Die
132 Unternehmenspolitik von Finanzinvestoren darf nicht mehr in der Dunkelkammer bleiben,
133 sondern Investorengespräche müssen transparent werden.

134 Finanzinvestoren müssen verpflichtet werden im Rahmen der Mitbestimmung direkt mit den
135 betroffenen Betriebsräten und Kommunen zu sprechen. Die anstehende Revision der AIFMD
136 muss die Finanzinvestoren endlich konsequent regulieren. Wir fordern die Bundesregierung
137 und die NRW-Landesregierung dazu auf, in der EU eine entsprechende Initiative zu ergreifen.
138 Auch die grünen Europaabgeordneten werden im gleichen Sinne aktiv werden. Denn nur mit
139 ruhigem, am langfristigen Erfolg von Unternehmen interessierten Kapitalgebern und
140 Eigentümern kann eine nachhaltige Industriepolitik gelingen. Gleichzeitig muss Deutschland
141 über einen Bürgerfonds zur Altersabsicherung eigenes ruhiges Kapital aufbauen, das
142 innovative und zukunftsfähige Unternehmen beim Wachstum unterstützt.

143 Die erste CO₂-freie Bramme muss aus NRW kommen. In NRW haben wir mit den ansässigen
144 Stahlkonzernen, den Montanmaschinenbau-Unternehmen und dem großen Netz an
145 ingenieurtechnischen Hochschulen und Forschungseinrichtungen das große Potential, eine
146 nächste industrielle Revolution in der Montanindustrie einzuleiten.

147 Eine CO₂-neutrale Herstellung, neugedachte und recyclingoptimierte Produkte sowie eine
148 vertiefte Prozessautomatisierung und Digitalisierung sind die Schlüssel für eine nachhaltige,
149 umweltfreundliche und wirtschaftlich erfolgreiche Stahlindustrie in NRW.

150 Die Landesregierung NRW muss sich endlich für den Industrie- und Stahlstandort NRW der
151 Zukunft stark machen. Denn nur so kann die Möglichkeit geschaffen werden, am Standort
152 NRW eine klimafreundliche, effiziente und wettbewerbsfähige Stahlproduktion zu schaffen
153 und die Stahlindustrie bei diesem Wandel zielgerichtet zu unterstützen.

154
155
156
157

158 **Antragssteller*innen:**

159

160 Katharina Dröge (KV Köln)

161 Oliver Krischer (KV Düren)

162 Mona Neubaur (KV Düsseldorf)

163 Felix Banaszak (KV Duisburg)

164 Sven Giegold (KV Düsseldorf)

165 Kai Gehring (KV Essen)

166 Horst Becker (KV Rhein-Sieg)

167 Mehrdad Mostofizadeh (KV Essen)

Birgit Beisheim (KV Duisburg)

168